



Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika

PR steht für politische Repression

von Jan Claudius Völkel

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2024029

Regionalbericht BTI 2024

Naher Osten und Nordafrika

PR steht für politische Repression

von Jan Claudius Völkel*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Ägypten, Algerien, Bahrain, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Türkei, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2024 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Jan Claudius Völkel, PR steht für politische Repression — BTI 2024-Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2024.

* Dr. Jan Claudius Völkel ist DAAD Seconded Professor an der School of Political Studies, University of Ottawa, und BTI-Regionalkoordinator für Naher Osten und Nordafrika.

Einleitung

Haben Sie jüngst im Fernsehen touristische Werbung für Saudi-Arabien gesehen? Im Fußballstadion „Visit Qatar“-Bandenwerbung erspäht? Hat YouTube Ihnen Videos von Influencer:innen aus den Vereinigten Arabischen Emirate vorgeschlagen? Dann sind Sie Ziel einer milliarden-schweren PR-Maschinerie verschiedener arabischer Regime geworden, die allesamt ein Ansinnen haben: ihr Land, und dahinterstehend ihr Regime, global in ein besseres Licht zu rücken.

Der kritische Blick aus BTI-Perspektive dürfte – bei aller Partylaune über die Vorzüge sich modern gebender Autokratien – allerdings deutlich die Stimmung verderben. Der anhaltende Negativtrend der vergangenen Jahre hat sich auch im aktuellen BTI-Berichtszeitraum fortgesetzt. In allen drei BTI-Teilbereichen hat die Region Naher Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa, MENA) neue Tiefststände erreicht. Im Bereich der politischen Transformation ging es im Vergleich zum BTI 2022 um 0,18 Punkte bergab, der fortan gültige Wert von 3,47 auf der Demokratieskala ist der schlechteste je im BTI gemessene Wert aller Regionen. Die wirtschaftliche Transformation reduzierte sich um 0,13 Punkte auf nunmehr 4,70 Punkte. Der regionale Durchschnittswert im Governance-Index, 3,76 Punkte, ist wiederum das niedrigste je im BTI von einer Region erreichte Niveau.

Die Gründe für diesen umfassenden Abstieg sind hinlänglich diskutiert und bekannt: Nach den Hoffnungen des „Arabischen Frühlings“ haben sich die repressiven Regime weitgehend an die Macht zurückgearbeitet – wenn sie diese denn je verloren hatten – und ihre autokratischen Strukturen zementiert. Lokale Demokratisierungsakteure wurden verhaftet, aus dem Land getrieben oder anderweitig zum Schweigen gebracht. Internationale Demokratisierungsbestrebungen waren unzureichend oder gar gänzlich falsch konzeptioniert. Die schwierige Wirtschaftslage in den meisten Ländern ließ bei vielen Menschen den Wunsch nach einem starken Staatsoberhaupt mit unangefochtenen Befugnissen aufkommen.

Diese Tendenzen haben auch den nach 2011 so positiven und hoffnungsvollen Reformprozess in Tunesien, ehemals das demokratischste Land der Region, zum Erliegen gebracht und gar eine rückläufige Tendenz in Gang gesetzt. Erstmals seit dem BTI 2014 ist Tunesien keine Demokratie mehr, sondern eine (moderate) Autokratie. Schuld daran ist die kompromisslose Autokratisierungspolitik von Staatspräsident Kais Saied, der seit seiner Wahl im Oktober 2019 gezielt demokratische Institutionen delegitimiert und die Opposition mit harter Hand verfolgen lässt. Die aus der Bevölkerung nach wie vor gemeldeten, vergleichsweise hohen Unterstützungswerte für Saied sind ein Indiz für den verzweifelt Wunsch nach, wenn auch straff gelenkter, politischer Veränderung vor dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen Misere, die die meisten Tunesier:innen befallen hat. Die Begeisterung für den neuen starken Mann erstaunt allerdings umso mehr, zieht man den dramatischen Abstieg Tunesiens im Wirtschafts-Status in Betracht. Mit einem Minus von 0,46 Punkten im Zweijahreszeitraum muss das Land den stärksten Rückgang aller MENA-Länder hinnehmen – seit dem BTI 2020 beträgt der Rückgang sogar satte 0,71 Punkte.

Einen ähnlich starken Wirtschafts-Abschwung von 0,43 Punkten verzeichnete innerhalb der letzten zwei Jahre die Türkei, der damit ihren ausgeprägten Negativtrend der letzten zehn Jahre fortsetzt. Seit dem BTI 2014 ist die türkische Wirtschaftstransformation von 7,46 auf nunmehr

5,68 Punkte abgestürzt, mit dramatischen Folgen für die Bevölkerung. Hohe Inflation, sinkende Wettbewerbsfähigkeit und steigende soziale Ungleichheit betreffen fast alle Länder der Region. Der externe Schock der Covid-19-Pandemie hat die Effekte der in vielen Ländern unzureichenden Governance-Leistungen spürbar verstärkt.

Die mangelnden Regierungsleistungen illustriert der Governance-Index. Hier hebt sich der Sudan auf negative Weise heraus: Im BTI 2022 noch der stärkste Aufsteiger nach der erfolgreichen Auflehnung gegen Langzeitherrscher Omar al-Bashir im Dezember 2019, fiel das Land im Governance-Index nun unter der wiedererrichteten Militärherrschaft um 1,75 Punkte und erreicht damit seine schlechteste Platzierung aller Zeiten: die 1,30 Punkte auf der BTI-Governance-Skala bedeuten Platz 134 im Gesamtklassament, punktgleich mit Syrien und unterboten nur noch von Nordkorea und Eritrea.

Der Iran, auf Platz 133 ein weiteres Land mit gescheiterter Governance, wurde nach dem Tod der 22-jährigen Mahsa Amini am 16. September 2022 von erneuten Massenprotesten erschüttert. Drei Tage zuvor war sie aufgrund angeblich unangemessener Haarverhüllung von der iranischen Sittenpolizei in Gewahrsam genommen und dort nach Zeugenaussagen derart gefoltert worden, dass sie letztlich an einem Schädel-Hirn-Trauma bei gleichzeitiger unterlassener Hilfeleistung durch die anwesenden Polizisten im Krankenhaus verstarb. Die Nachricht ihres Todes löste umfassende Proteste gegen das iranische Regime und seine allgegenwärtige Unterdrückung der Bevölkerung aus: In hunderten Städten und an allen Universitäten des Landes gingen schichten- und gruppenübergreifend Menschen gegen das Regime auf die Straße, ihr Slogan „Frauen, Leben, Freiheit“ wurde weltweit auf Solidaritätskundgebungen gerufen.

Während im Iran das Regime auf die – eigentlich ja selbstverständlichen – Forderungen der Menschen mit kompromissloser Repression reagierte und die Proteste erneut erfolgreich zum Verstummen brachte, setzen die meisten anderen autokratischen Regime vermehrt auf positive Bilder vermittelnden Public Relations. Dabei ziehen sich Unterdrückung, Korruption und Machtmissbrauch weiterhin als dominierende Kennzeichen auch durch ihre Regime. Die Machthaber der MENA-Region scheinen den eklatanten Missständen kaum anderes entgegenzusetzen zu haben als glitzernde PR nach außen und grausame Gewalt nach innen.

Politische Transformation

Die tabellarische Übersicht des politischen Entwicklungsstands verdeutlicht die massiven Einschränkungen von Rechtsstaatlichkeit und Partizipation in der MENA-Region. Das einzig verbliebene Land, das der BTI als „Demokratie“ einstuft, ist der Libanon, alle anderen 18 Länder werden autokratisch regiert, die meisten davon in der schlechtesten Kategorie der „harten Autokratien“. Doch selbst der Libanon hat sich vom BTI 2022 zur aktuellen Ausgabe verschlechtert, um 0,10 auf 5,25 Punkte.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
		Libanon	Tunesien ▼▼	Katar
			Algerien	Marokko
			Kuwait	Ägypten
			Irak	Bahrain
			Türkei	Oman
			Vereinigte Arab. Emirate	Iran
			Jordanien	Saudi-Arabien
				Libyen ●
				Sudan ●
				Syrien ●
				Jemen ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Trotz dieser Verschlechterung liegt der Libanon deutlich vor Tunesien. Das ehemals demokratischste Land der MENA-Region hat unter seinem Präsidenten Kais Saied deutliche politische Rückschritte gemacht, fiel gleich um zwei Kategorien und gilt fortan wieder als moderate Autokratie. Im Vergleich zum BTI 2022, der Tunesiens Bestwert markierte, verlor das Land 1,57 Punkte im Gesamtwert der politischen Transformation. In acht der 18 Demokratie-Indikatoren hat sich das Land verschlechtert, darunter besonders in den Bereichen freie und faire Wahlen, Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz – Kernbereiche demokratischen Regierens also. Hervor stachen im Berichtszeitraum insbesondere die Ausrufung des Ausnahmezustands am 25. Juli 2021, einhergehend mit der temporären Auflösung des Parlaments und der Entlassung der bisherigen Regierung von Ministerpräsident Hichem Mechichi. Im Oktober 2021 wurde zwar wieder eine Regierung eingesetzt, die allerdings weitgehend im Schatten des Präsidenten verblieb und sich kaum ein eigenes Profil erarbeitete. Kais Saied wiederum ist wenig auf Kooperation aus, sondern agiert weitgehend als Alleinherrscher, der Kritik nicht toleriert und dessen Sicherheitsapparat vor Gewalt gegen Demonstrierende nicht zurückschreckt. Rückgänge wurden folgerichtig ebenfalls im Bereich der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Meinungsfreiheit registriert. Eine neue Verfassung, weitgehend von oben diktiert, lässt seit Juli 2022 Reminiszenzen an längst überwunden geglaubte Zeiten unter Langzeitherrscher Zine Abidine Ben Ali wachwerden, zumal das im Dezember 2022 und Januar 2023 neu gewählte Parlament weitgehend aus machtlosen Abgeordneten besteht, die keinerlei Möglichkeit (und allem Anschein nach kaum Anreiz) für eine kritische Kontrolle der Exekutive haben. Eingeschätzt als

nicht-demokratisches Parlament, haben sich auch in den entsprechenden Indikatoren effektive Regierungsgewalt, Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen und Akzeptanz demokratischer Institutionen Abwertungen ergeben.

Die Massenproteste im Iran begannen ein gutes Jahr nach der umstrittenen Wahl von Ebrahim Raisi zum Staatspräsidenten im Juni 2021. Der hochrangige Jurist, der zuvor unter anderem das Amt des Generalstaatsanwalts innehatte und später auch als Chefrichter fungierte, gilt als ultrakonservativer Hardliner. Ihm wird in seinen früheren Funktionen die Verantwortung für Massenhinrichtungen von Tausenden Gefangenen vorgeworfen und damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Kompromisslosigkeit kennzeichnet bislang auch seine Präsidentschaft: Nach Angaben von Amnesty International wurden im Jahr 2022 mindestens 582 Menschen hingerichtet, was weltweit nach China die zweithöchste Anzahl ist und für etwa 70% aller Hinrichtungen in der MENA-Region steht. Mit großer Härte gingen die Sicherheitskräfte zudem gegen die „Frauen, Leben, Freiheit“-Demonstrationen vor: Misshandlungen selbst von Kindern wurden von Menschenrechtsgruppen überzeugend dokumentiert, Demonstrierende in Schaufverfahren bis zur Todesstrafe abgeurteilt. Der vordergründige Erfolg: bis Anfang 2023 waren die meisten Proteste erstickt. An der realen Lage der Menschen im Land hat sich aber nichts verbessert, sondern die wenigen Freiräume sind eher noch kleiner geworden.

Ebenfalls deutlich verschlechtert hat sich die Lage im Sudan. Im BTI 2022 noch als größter Aufsteiger gekennzeichnet, ist der Demokratisierungsprozess nach wenigen Monaten bereits jäh abgebrochen und alle Hoffnungen auf eine Überwindung der jahrzehntealten autokratischen Strukturen scheinen dahin. Im aktuellen Berichtszeitraum fiel der politische Transformationsstand des Sudan um 0,97 Punkte auf seinen vorrevolutionären Gesamtwert zurück, da sämtliche Errungenschaften aus der kurzen Revolutionszeit zunichte gemacht worden sind. Dies spiegelt sich in den Abwertungen von 12 der 18 demokratierelevanten Indikatoren wider, besonders in der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Meinungsfreiheit. In keinem Indikator kommt der Sudan überdies über einen Wert von 4 und gilt weiterhin, wie auch Jemen, Libyen und Syrien, als „scheiternder Staat“. Keine andere Weltregion weist mehr scheiternde Staaten auf.

Verschlechterungen nennenswerten Ausmaßes hat weiterhin die Türkei durchlaufen, die im 100. Jahr ihres Bestehens (gegründet 1923 als Republik Türkei in Nachfolge des Osmanischen Reiches) weit von ihren früheren Demokratieniveaus entfernt ist. Um weitere 0,57 Punkte ging es im Berichtszeitraum bergab, der aktuelle Wert von 4,23 liegt deutlich unter dem einstigen Höchstwert von 7,65, den die Türkei noch Anfang des letzten Jahrzehnts erreichte. Seit der Umstrukturierung der Türkei von einer parlamentarischen zu einer präsidentiellen Republik hat Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mit harter Hand alle Macht auf sich vereint und kontrolliert Parlament, Justiz, Medien und das Militär, aber auch die meisten Oppositionskräfte. Die mit Spannung erwarteten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2023 brachten, entgegen allen Mutmaßungen, keinen Wechsel an der Staatsspitze: dafür sorgte nicht zuletzt das reformierte Wahlgesetz, das das von Erdoğan's Regierungspartei AKP dominierte Parlament im April 2022 verabschiedet hatte. Bereits zuvor, im Juni 2021, hatte die Regierung gegen die bis dahin nach der kemalistischen CHP zweitstärkste Oppositionspartei HDP ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet. Dieser Schritt war insbesondere gegen die politische Partizipation der kurdischen Bevölkerung gerichtet, von der ein erheblicher Anteil die HDP als ihre parlamentarische Vertreterin ansieht. Dabei ist es nicht nur die politische Vielfalt, die im Land zurückgedrängt wird, sondern auch die gesellschaftliche: Hunderte Teilnehmer:innen des „Istanbul Pride

March“-Umzugs wurden im Juni 2022 auf willkürlicher Basis festgenommen. Ähnlich geht die Regierung bei allen Demonstrationen vor, die sie als gegen das von ihr propagierte Gesellschaftsmodell gerichtet ansieht. Gegen die weiterhin im Land grassierende Korruption geht die Regierung hingegen nur sehr zögerlich vor, insbesondere, wenn Mitglieder aus den eigenen Regierungsreihen oder assoziierte Wirtschaftszirkel in das Augenmerk der Öffentlichkeit geraten. Der BTI 2024-Länderbericht identifiziert Korruption als ein Hauptproblem der „neuen Türkei“, welches Kernfunktionen des Staates angreift.

Lediglich zwei Länder, von denen man es nicht unbedingt erwartet hätte, haben positive Entwicklungen durchlaufen: Irak und Saudi-Arabien. Im Falle Iraks wurden verschiedene kleinere Verbesserungen registriert, angefangen von dem erweiterten Gewaltmonopol des Staates oder der Gewaltenteilung. Die grundlegenden Probleme des Landes bleiben allerdings weiterhin ungelöst. Dazu zählen insbesondere das diffizile Machtgefüge zwischen den drei großen Bevölkerungsgruppen (Schiit:innen, Sunnit:innen und Kurd:innen) sowie der ungebrochene Einfluss der zahlreichen Milizen, insbesondere der Popular Mobilization Forces (PMF). Der einstigen Siegergruppe über den „Islamischen Staat“ (IS) werden verschiedene schwerwiegende Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung vorgeworfen, darunter ethnische Säuberungen gegenüber sunnitischen Iraker:innen. Die angestrebte Eingliederung der PMF in die regulären Streitkräfte geht nur schleppend voran und ist weiterhin Auslöser für erneute, auch bewaffnete Konflikte. Nach den Schrecken des „IS“ mit den grauenhaften Hinrichtungen und Vergewaltigungen ist eine der großen Zukunftsfragen im Irak also, wie mit den schweren Verbrechen gegen die Bevölkerung umgegangen werden soll und wie eine glaubhafte und heilende Vergangenheitsbewältigung geleistet werden kann.

Saudi-Arabien hat sich währenddessen vom einstigen streng wahhabitisch geprägten zu einem erstaunlich dynamischen Land im Aufbruch entwickelt, wenn auch viele der stolz vorgeführten Fortschritte und Reformen mehr dem PR-Interesse der Verantwortlichen entsprechen als tatsächlichen Verbesserungen. Nichtsdestotrotz lässt sich nicht leugnen, dass sich das Königreich seit der Machtübernahme von Kronprinz Muhammad bin Salman (MbS), der den alternden König Salman vertritt und seit 2022 auch das Amt des Ministerpräsidenten innehat, stark gewandelt hat. Als uneingeschränkter Alleinherrscher hat MbS nicht nur die einst allmächtigen wahhabitischen Kleriker an den Rand gedrängt, sondern auch Lockerungen im Bereich der Kunst und Kultur veranlasst – Schritte, die insbesondere die junge, urbane Bevölkerung begeistern, die sich von den starren Vorstellungen ihrer Eltern lösen und sich der Welt als progressive Gesellschaft präsentieren wollen. Diese Liberalisierungen, so aner kennenswert sie sind, sind aber nicht zu verwechseln mit politischen Reformen. Ganz im Gegenteil: Saudi-Arabien bleibt eine der härtesten Autokratien der Welt und mit einem Score von 2,73 im Ranking der politischen Transformation lediglich auf Platz 124 von 137. Dieser Wert entspricht in etwa dem vor gut zehn Jahren und belegt, dass das Land, trotz leichter Verbesserungen primär im zivilgesellschaftlichen Bereich, politisch auf der Stelle tritt. Die saudischen Gesetze gewähren weiterhin keine ausreichenden Meinungs-, Religions-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheiten und lassen den Behörden somit alle Möglichkeiten, unberechenbar und ohne rechtlichen Rahmen gegen jedermann jederzeit vorzugehen. Oppositionelle verbleiben als politische Gefangene in Haft, mindestens 147 Gefangene wurden im Jahr 2022 hingerichtet (Amnesty International spricht gar von 196 Hinrichtungen). Trotz allen vorsichtigen kulturellen Öffnungen werden religiöse Minderheiten weiterhin diskriminiert, während Frauen – trotz einiger Änderungen – wesentliche

Grundrechte vorbehalten bleiben. Der russische Krieg gegen die Ukraine bedeutet für die aktuellen PR-Ansinnen von MbS einen gleich dreifachen Vorteil: die Untaten Russlands lenken einen Großteil der internationalen Aufmerksamkeit von saudischen Menschenrechtsverletzungen ab, als Öllieferant ist Saudi-Arabien nochmals wichtiger geworden, und der auf den Weltmärkten gestiegene Ölpreis hilft dem saudischen Staatshaushalt.

Unverändert bleibt Saudi-Arabiens zweischneidige Rolle als regionale Hegemonialmacht. Auf der einen Seite war das Land unter den Erstunterzeichnern der „Abraham Accords“, also den Kooperationsabkommen einiger arabischer Staaten mit Israel, und hat die Wiederannäherung an Katar mit vorangebracht. Jüngst waren sogar zuvor nahezu undenkbbare Annäherungsschritte an den Erzrivalen Iran festzustellen, initiiert und unterstützt von der chinesischen Diplomatie. Auch treibt es nicht mehr seine traditionell aggressive Verbreitung der wahhabitischen Lesart des Islam innerhalb der arabischen Welt und auf dem afrikanischen Kontinent voran. Andererseits aber führt das Königreich seine unrühmliche Rolle im Jemenkrieg fort, greift in vielen Nachbarländern aktiv in die Politik ein und torpediert nicht zuletzt die Prozesse, die Gruppierungen des politischen Islam mehr Einfluss zugestehen wollen. Das Scheitern des „Arabischen Frühlings“ in Ländern wie Ägypten und Tunesien ist zweifelsohne auch den starken Eingriffen Saudi-Arabiens zuzuschreiben, die, in Allianz mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait, die aufkommenden Machthaber aus Reihen der Muslimbrüder in Ägypten oder der Ennahda-Partei in Tunesien kompromittierten und deren Gegnern – nicht zuletzt das militärgetragene Regime von Abdel Fattah al-Sisi – finanziell den Machterhalt ermöglichten. Saudi-Arabien trägt damit wesentlichen Anteil an dem regionsweit mangelhaften Demokratieniveau, und es steht außer Frage, dass die gegenwärtige Führungsriege im saudischen Königshaus kein Interesse an einer politischen Liberalisierung seiner Nachbarländer hegt.

Wirtschaftliche Transformation

Irak und Saudi-Arabien sind auch im Bereich der wirtschaftlichen Transformation die einzigen MENA-Länder mit nennenswerten Fortschritten. Aber wie im Bereich der politischen Transformation gilt auch hier: Kleine Veränderungen bedeuten nicht zwangsläufig nachhaltige Reformen. Ansonsten bestätigt sich das gewohnte Bild: Die ressourcenreichen Golfmonarchien dominieren, wobei sich die Vereinigten Arabischen Emirate knapp in die oberste Kategorie der „weit fortgeschrittenen Volkswirtschaften“ verbesserten. Kuwait stieg aufgrund minimaler Fortschritte in die Reihe der „fortgeschrittenen Volkswirtschaften“ auf. Im Mittelfeld befinden sich die einstigen Revolutionsländer, die zumeist in den 1950er Jahren ihre Unabhängigkeit von europäischer Kolonialherrschaft erlangten und seitdem mit stark übersteigerten Staatsausgaben die mangelnde Innovationstätigkeit auszugleichen versuchten. Katastrophal ist die jüngste Entwicklung des Libanon, der aufgrund eines Staatsbankrotts kurz vor dem Kollaps steht und wesentliche Staatsfunktionen nicht mehr adäquat erfüllt. Weniger existenziell, aber doch dramatisch gestaltete sich zuletzt die ökonomische Entwicklung in Tunesien und der Türkei. Die bürgerkriegsgeplagten Länder Libyen, Sudan, Jemen und Syrien haben, wenig überraschend, die größten wirtschaftlichen Defizite, begleitet vom Iran, in dem die religiöse Ideologie weiterhin wirtschaftspolitischen Sachverstand schlägt (siehe Tabelle 2).

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
Vereinigte Arab. Emirate ▲	Katar Kuwait ▲	Saudi-Arabien Bahrain Jordanien Türkei Oman Marokko Tunesien Algerien	Ägypten Irak Libanon	Iran Libyen Sudan Jemen Syrien

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Trotz geringfügiger Fortschritte im Irak, in Kuwait, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ging das Niveau der wirtschaftlichen Transformation in der MENA-Region insgesamt deutlich nach unten. Im regionalen Durchschnitt verschlechterten sich die 19 Länder um 0,13 Punkte auf ein neues Allzeittief. Sechs Länder verschlechterten sich in nennenswertem Umfang: Libanon, Marokko, Ägypten, Iran, Türkei und Tunesien.

In allen Fällen sind die schwierigen Rahmenbedingungen während und seit der COVID-19-Pandemie sowie dem Krieg Russlands mit der Ukraine mit verantwortlich für die desolaten Entwicklungen. Dazu kommt aber – und das ganz wesentlich – eigenes Regierungsversagen bzw. eine falsche Prioritätensetzung. Der Libanon mit seinen zerstrittenen und auf ihre Pfründe beharrenden Eliten ist ein bezeichnendes Beispiel. Einerseits leidet das Land unter den weltweit gestiegenen Preisen im Nahrungssektor und bei den Rohstoffen, andererseits verweigern die Regierenden im Rahmen des libanesischen Konkordanzmodells aufgrund eigener Machtbestrebungen seit

Jahrzehnten dringend notwendige politische und wirtschaftliche Reformen. Dieser Unwillen ist es, der in erster Linie für den Staatsbankrott verantwortlich ist. Die Krise spitzte sich schon 2019, also vor der Pandemie, dramatisch zu. Beispielhaft für das libanesisches Missmanagement wurde während des aktuellen Berichtszeitraums der Fall des Zentralbankchefs Riad Salamé, dem Veruntreuung von über 330 Millionen U.S. Dollar vorgeworfen wird, der aber bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt am 31. Juli 2023 zumindest keine ernsthaften Anstalten machte, zur Aufklärung der Vorwürfe beizutragen. Frankreich und die Schweiz nahmen im Jahr 2021 internationale Ermittlungen gegen Salamé wegen vermuteter Geldwäsche auf, im Frühjahr 2023 erließen auch deutsche Behörden einen internationalen Haftbefehl gegen Salamé.

Somit stand an der Spitze der libanesischen Zentralbank jahrzehntelang ein Mann, der weder nationales noch internationales Vertrauen genießt, aber das zentrale Problem der libanesischen Volkswirtschaft lösen sollte: den starken Wertverlust des libanesischen Pfunds. Zum 1. Februar 2023 wertete die Zentralbank das libanesisches Pfund um 90% gegenüber dem U.S. Dollar ab, in der Hoffnung, sowohl den eklatanten Unterschied zwischen offiziellem und inoffiziellem Wechselkurs auszugleichen als auch die galoppierende Inflation in den Griff zu kriegen: nach 3% CPI-Inflation im Jahr 2019 stieg diese nach Angaben des Internationalen Währungsfonds rasant auf zunächst 84,9% im Jahr 2020 und dann weiter auf 154,8% im Jahr 2021. Die Staatsverschuldung, seit Jahrzehnten eine der weltweit höchsten, lag nach offiziellen Angaben zuletzt (im Jahr 2020) bei 150,6% des Bruttoinlandsprodukts. Dieses sank von 18.400 U.S. Dollar pro Kopf im Jahr 2018 auf 14.257 U.S. Dollar im Jahr 2021, ein Rückgang also um fast ein Viertel.

Die Übergangsregierung von Ministerpräsident Najib Miqati steht somit vor nahezu unlösbar erscheinenden Aufgaben. Nicht nur müssen kurzfristig die heftigen wirtschaftlichen Turbulenzen verringert und die zunehmend verarmende Bevölkerung in ihrer existentiellen Not unterstützt werden, auch müssen mittelfristig das politische Konkordanzmodell von Grund auf verändert und glaubhafte Strategien gegen die grassierende Korruption entwickelt und umgesetzt werden. Unter den aktuellen Vorzeichen scheinen derartig weitreichende Reformvorhaben wenig wahrscheinlich.

Drei politische Schwergewichte der Region befinden sich in einem ähnlichen wirtschaftlichen Abwärtsstrudel wie der Libanon, wenngleich auf unterschiedlichen Niveaus: Ägypten, Iran und die Türkei haben sich seit dem BTI 2022 um jeweils 0,43 Punkte verschlechtert – die Türkei steht mit einem wirtschaftlichen Transformationsstand von 5,68 Punkten jedoch noch immer deutlich besser da als Ägypten (4,46) und insbesondere Iran (2,36). In allen drei Ländern ist, ebenso wie im Libanon, die monetäre Stabilität ein Hauptproblem. Der iranische Rial (IRR), im offiziellen Gegenwert mit 42.000 IRR pro U.S. Dollar geführt, wurde im Außenhandel mit 260.000 IRR pro U.S. Dollar berechnet, also um das Sechsfache höher. Die Inflation erreichte 2022 offiziell 52,2%, wurde aber in für die Bevölkerung zentralen Bereichen wie Lebensmittel mit bis zu 86% auch deutlich höher angegeben; Fachleute halten sogar doppelt so hohe Werte für möglich. Im Juni 2022 machten 61 iranische Wirtschaftswissenschaftler in einem bemerkenswerten Schritt per offenem Brief auf die tiefgreifende ökonomische Misere aufmerksam. Nach ihrer Einschätzung habe die soziopolitische Lage im Iran nun einen „explosiven Stand“ erreicht, trotz aller gegenteiligen Versprechungen, die Ebrahim Raisi vor seiner Wahl zum geplanten Wirtschaftsaufschwung gemacht habe.

In der Türkei, wo die Politik der Zentralbank mehrfach direkt von Präsident Erdoğan vorgegeben wurde, sprang die CPI-Inflation von 12,3% im Jahr 2020 auf 72,3% im Jahr 2022. Für viele Produzentenpreise wurde im August 2022 sogar eine Inflationsrate von 144% gemessen. Zwischen

September 2021 und Oktober 2021 verfiel der Wert der türkischen Lira rasant, von 8,5 Lira auf 18,6 Lira pro U.S. Dollar. In Ägypten, das seine nationale Währung bereits 2016 teilweise freigegeben hatte und im Folgenden wesentliche Abwertungen hinnehmen musste, sind die Tendenzen ähnlich: nach der gänzlichen Freigabe des ägyptischen Pfunds verfiel dessen Wert gegenüber dem U.S. Dollar weiter auf 32,1 im Januar 2023, verglichen mit 8,8 Anfang 2016. Folgerichtig stieg die Inflation von 4,8% im Januar 2021 auf 21,3% im Dezember 2022. Die Zentralbank versuchte, mit mehreren Leitzinserhöhungen gegenzuhalten, bislang jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, traditionell hoch in Ägypten, lag zuletzt bei 89,9%/BIP (2021).

Kuwait stellt im BTI 2024 einen besonders spannenden Fall da: Trotz massiver Krisen in der politischen Führung des Landes seit dem Tod des langjährigen Machthabers Emir Sheikh Sabal al-Ahmad al-Sabah im September 2020 mit insgesamt fünf Regierungsrücktritten während des hier betrachteten Untersuchungszeitraums stieg das Land in die zweitbeste BTI-Kategorie fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf – eine Kategorie allerdings, in der es auch in einigen früheren BTIs schon war. Insofern ist der Kategoriensprung kein tatsächlicher Aufstieg, sondern eher eine Rückkehr. Der auf den Weltmärkten gestiegene Ölpreis war hierbei ausschlaggebend, denn einzig beim Indikator Wirtschaftsstärke verbesserte sich Kuwait um einen Punkt, was die Verbesserung im Indexranking zur Folge hat. Gleichzeitig hat das Land keine nennenswerten Fortschritte bei notwendigen Diversifizierungsmaßnahmen erreicht, bleibt also weiterhin von den Ölpreisen abhängig.

In der ökonomischen Gesamtentwicklung heben sich zwei weitere Länder positiv hervor, von denen man es, ähnlich wie im politischen Status-Index, wiederum nicht unbedingt erwartet hätte: Irak (+0,25) und Saudi-Arabien (+0,18). Während das Land an Euphrat und Tigris bei der Liberalisierung des Außenhandels um einen Punkt zurückfiel, erzielte es bei der fiskalischen Stabilität, den Eigentumsrechten, dem privaten Unternehmertum und den sozialen Sicherungsnetzen ebensolche Zuwächse. Die Regierung nahm die Erfahrung aus der COVID-19-Pandemie zum Anlass, endlich die Social Security Convention aus dem Jahre 1952 zu reformieren. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, mit denen die meisten Iraker:innen mit Blick auf die sozioökonomische Grundsicherung konfrontiert sind, insbesondere die Millionen von im Land Vertriebenen, ist diese Reform aber wohl nur der Tropfen auf dem bekannten heißen Stein. Auch Saudi-Arabien verlor einen Punkt beim Außenhandel, legte aber – eine Folge der gesellschaftlichen Reformen von MbS – bei der Chancengleichheit und der Bildungs- und Forschungspolitik ebenso wie bei der volkswirtschaftlichen Leistungsstärke um jeweils einen Punkt zu.

Statistiken unterliegen in den meisten Ländern der MENA-Region meist dem Vorbehalt des Zweifelhaften: Wenn überhaupt funktionierende Institutionen bestehen, die verlässliche Statistiken erheben können, bleibt zu hinterfragen, ob diese nicht politisch in die eine oder andere Richtung manipuliert sind. Dies schließt auch die Türkei ein, in der Präsident Erdoğan unter Kritik steht, die wahre Wirtschaftsmisere zu verschleiern. Selbst das statistische Zentralamt, TurkStat, steht im Verdacht, keine unabhängigen Statistiken veröffentlichen zu können. Dennoch gilt regionsweit, einschließlich der zahlreichen Arbeitsmigrant:innen in den reichen Golfstaaten, dass ein beträchtlicher Teil der Menschen in der MENA-Region in relativer oder sogar absoluter Armut lebt. PR-Broschüren über Ägyptens glitzernde neue Verwaltungshauptstadt oder über Saudi-Arabien's „Neom“-Projekt gehen darauf nicht ein, sondern symbolisieren das wirtschaftspolitische Grundproblem in fast allen Ländern der Region: Wirtschaftspolitik wird für die Reichen gemacht, nicht für die Armen. Erzielte die Region beispielsweise im Indikator Sozialpolitik ihren Höchststand mit 5,63 im BTI 2010, also noch vor dem Arabischen Frühling, so ging dieser Wert

bis zum BTI 2018 beständig zurück auf 4,63 und liegt seit dem BTI 2020 nun unverändert bei 4,79 – und das bei parallel stark schrumpfenden Werten bei der Wirtschaftskraft, die im aktuellen BTI 2024 ein erneutes Allzeittief erreicht und beträchtlich unter den Werten vor 2011 liegt: 4,58 anstatt 7,16 im BTI 2010.

Governance

Die meisten Regierungen in den teils von massiven Rückschritten im politischen und wirtschaftlichen Status betroffenen MENA-Länder tun zu wenig, um die vielen Defizite anzugehen und Verbesserungen herbeizuführen. Ein Blick auf die Übersichtstabelle zum Governance-Index des BTI 2024 bringt auf deutliche Art in Erinnerung, welcher eklatanter Mangel an guter Regierungsführung in der gesamten Region herrscht. Abgesehen von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar, denen jeweils eine gute Governance attestiert wird, befinden sich sieben Länder im Mittelfeld – Saudi-Arabien ist als Aufsteiger neu hinzugekommen, während die Qualität der Governance in mehr als der Hälfte aller 19 MENA-Länder als schwach oder gar gescheitert angesehen wird.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Vereinigte Arab. Emirate	Irak	Bahrain	Libanon ▼
	Katar	Kuwait	Oman	Libyen
		Jordanien	Türkei	Jemen
		Marokko	Ägypten	Iran
		Tunesien		Sudan ▼
		Algerien		Syrien
		Saudi-Arabien ▲		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Die Wiederrichtung der klientelistischen Militärherrschaft nach den landesweiten Protesten, die 2019 immerhin Langzeitdiktator Omar al-Bashir zu Fall brachten, haben dem Sudan nach zwischenzeitlichen Auftrieben im Governance-Index nun wieder einen Rekordverlust von 1,75 Punkten beschert – noch tiefer fiel in den zwei Jahren des hier behandelten Berichtszeitraums nur Myanmar. Die Regierungsqualität im Sudan sank damit noch unter das sehr niedrige Niveau der al-Bashir-Diktatur. Rückschritte gab es in fast allen Indikatoren des Governance-Indexes, besonders ausgeprägt (mit einem Rückgang um 4 Punkte) in den Bereichen Nutzung internationaler Unterstützung und Glaubwürdigkeit, also im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Abd al-Fattah al-Burhan, Oberbefehlshaber der sudanesischen Streitkräfte, setzte sich im Oktober 2021 nach wochenlangen Streiks und Blockaden selbst als de facto Staatschef ein. Bei den folgenden Protesten gegen diesen Militärputsch erschossen Polizei und Sicherheitskräfte mindestens 124 Demonstrierende, ein Gewaltausbruch, der scharfe Kritik im In- und Ausland auslöste. Internationale Geberstaaten und -organisationen stoppten ihre Zusammenarbeit, und auch die Afrikanische Union legte Sudans Mitgliedschaft satzungsgemäß auf Eis. Die neuen Machthaber

legten zwar im Dezember 2022 ein „Framework Agreement“ für den weiteren Verlauf der politischen Zusammenarbeit der verschiedenen Machteliten vor, dieses scheiterte aber endgültig, als im April 2023 – und damit nach Ende des hier betrachteten Berichtszeitraums – zwischen al-Burhans Truppen und den „Rapid Support Forces“ (RSF) unter General Muhammad Hamdan Daglo ein bewaffneter Konflikt ausbrach und Sudan erneut in einen Bürgerkrieg stürzte. Die UNITAMS-Mission, eingerichtet im Jahr 2020 zur Unterstützung des jungen Demokratisierungsprozesses und auch zentral bei der Ausarbeitung des Rahmenabkommens vom Dezember 2022, geriet selbst zwischen die Fronten und musste zwischenzeitlich aus Sicherheitsgründen Khartum verlassen. Dies alles ist fatal für ein Land, das seit Jahrzehnten keinen Frieden findet und dessen Bevölkerung von schlechten Wirtschaftsleistungen und hohen klimatischen Herausforderungen betroffen ist.

Mit seinem Militärputsch reiht der Sudan sich ein in eine Reihe von Ländern der Sahelregion, die in jüngerer Zeit ähnliche Entwicklungen durchlaufen haben, insbesondere Burkina Faso und Mali sowie zuletzt (im Sommer 2023) Niger. Nimmt man die weiteren Militärregierungen wie in Äthiopien, Eritrea, Südsudan und dem Tschad hinzu, aber auch Ägypten, Algerien und Libyen, scheinen für die Region die Zeichen auf sich verankernde Militärregierungen zu stehen, während zivile Machthaber zunehmend in den Hintergrund gedrängt werden.

Unter Tunesiens neuem Machthaber Kais Saied verzeichnete die Regierungsqualität ebenfalls klare Rückschritte. Im Governance-Index sank die Bewertung um 0,79 Punkte im Vergleich zum BTI 2022. Die aktuell erreichten 4,55 Punkte entsprechen in etwa dem Niveau der späten Ben Ali Jahre, jenes Diktators also, den die Bevölkerung in den gefeierten Protesten 2011 aus dem Amt und aus dem Land vertrieben hatte. Kais Saied wird im aktuellen Länderbericht nun selbst als „mächtigster antidemokratischer Akteur des letzten Jahrzehnts“ beschrieben, der den Demokratisierungsprozess gänzlich zum Erliegen gebracht hat. Mit Erstaunen registrieren Beobachter:innen dabei, dass nahezu niemand in Tunesien die Stimme erhob, als der ehemalige Rechtsprofessor systematisch die demokratischen Errungenschaften zurückdrehte, Militärgerichte wieder Regimekritiker aburteilten und selbst ehemalige Weggefährten mit Hausarresten, Reiseverboten und ähnlichen Schikanen kaltstellen ließ. Sogar das 2014 mit dem Friedensnobelpreis bedachte „Quartett“ leistete keinen nennenswerten Widerstand, weder die Juristenvereinigung, noch die Union der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverband und selbst die Liga für Menschenrechte nicht. Dabei hat die Regierung kaum Erfolge vorzuweisen, im Gegenteil: die Wirtschaftskrise hat spürbar zugenommen, die meisten jungen Menschen würden das Land am liebsten verlassen, und kaum jemand spürt noch die Aufbruchstimmung, die das Land von 2011 an für einige Zeit getragen hat. Die Mischung aus schlechter Regierungsführung, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mangelnder Ausgleichsmechanismen für bestehende gesellschaftliche Konflikte ließen das Weltwirtschaftsforum Anfang 2023 einen potenziellen Staatskollaps als eines von Tunesiens drei Top-Bedrohungsszenarien identifizieren.

Rückschritte im Governance-Index machten mit Algerien und Marokko auch zwei benachbarte Länder, die aufgrund des Konflikts um die Westsahara ein angespanntes Verhältnis zueinander haben. In beiden Fällen haben es die Regierungen verstanden, die veritablen Protestbewegungen (unter dem Namen „Hirak“) lahmzulegen, zunächst im Kontext der Covid-19-Distanzierungsnotwendigkeiten, später dann mit starker polizeilicher Repression. Für Algerien ist dies insofern bedeutend, weil auch hier – ähnlich wie im Sudan – im Jahr 2019 der alternde Langzeitherrscher Abdelaziz Bouteflika nach monatelangen Protesten zurücktreten musste und das Land Hoffnung

auf nachhaltige Liberalisierung hatte. Diese ist inzwischen verfliegen, das alte Regime in neuem Gewand ist unter Führung von Staatspräsident Abdelmajid Tebboune zurück an der Macht. Das monarchische Regime in Marokko um König Mohammad VI. hat ebenfalls seine Macht wieder zementiert und den Raum für politische Abweichung geschmälert. Ähnlich wie Algerien ist auch Marokko in den vergangenen Jahren verstärkt auf Distanz zu europäischen Nationalregierungen sowie der Europäischen Union gegangen, obwohl es einst mit einem „Advanced Status“ und besonderen Privilegien seitens der EU für seine pro-europäische Ausrichtung gewürdigt worden war.

Der Libanon scheint nach dem freien Fall seiner Wirtschaft auf einem Tiefpunkt angekommen, sollte das Land nicht sogar noch in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen geraten. Die apokalyptische Explosion von unsachgemäß im Beiruter Hafen gelagertem Ammoniumnitrat im August 2020 wurde allgemein als Sinnbild für den verheerenden Zustand des Staates genommen. Die Frage ist nun, ob die enorme Druckwelle, die weite Teile Beiruts zerstörte und Tausende obdachlos werden ließ, als letzter Sargnagel für den libanesischen Staat oder doch als eindringlicher Weckruf für den notwendigen Reformprozess verstanden werden sollte. Bis Ende des aktuellen Berichtzeitraums war von Reformfähigkeit der Verantwortungsträger nicht viel zu sehen. Die Machthaber scheinen sich allzu tief im Konkordanzsystem eingegraben zu haben, das ihnen quasi garantiert staatliche Macht und Einfluss sichert. Sinnbildlich steht für diesen Reformunwillen die schleppende juristische Aufarbeitung der Explosion. Die Aufklärung gilt im hohen Maße als politisch, insbesondere Hizbollah und Amal, die beiden führenden schiitischen Gruppierungen im Land mit umfangreichen Waffenarsenalen, boykottieren die Arbeit der ermittelnden Behörden und schrecken auch vor gewalttätigen Demonstrationen ihrer Anhänger:innen nicht zurück. Das 2021 neu eingesetzte Kabinett unter Premierminister Najib Miqati gilt als „Regierung der nationalen Einheit“, was in Konsequenz aber dazu führt, dass keine einschneidenden Entscheidungen getroffen werden, da quasi jede Bevölkerungsgruppe Einspruchsrecht hat.

Im Iran verhindern ideologische Kurzsichtigkeiten eine dem Allgemeinwohl verpflichtete Regierungspolitik. Zu nennen ist an erster Stelle das verkrustete System mit dem theokratischen Wächterrat und dem allmächtigen Ayatollah Ali Khamenei an der Spitze. Der Wächterrat hat nicht nur geschafft, dass als „moderat“ geltende Regierungen (wie zuletzt Hassan Rouhani, 2013-2021) oder davor Mohammed Khatami (1997-2005) in ihren Reformbestrebungen ausgebremst wurden, sondern auch, dass die „Hardliner“ seit dem Amtsantritt von Ebrahim Raisi im Sommer 2021 sowohl im Parlament als auch in der Regierung weitgehend unkontrolliert die Vorgaben des Wächterrats umsetzen können. Diese vorrangig ideologisch fundierten Vorgaben bewirken im Wesentlichen die Fortsetzung des Konfliktkurses gegenüber Saudi-Arabien mit all seinen Stellvertreterauseinandersetzungen in Syrien, Libanon und Jemen als auch die kompromisslose Fortführung der iranischen Anti-Israel- und Anti-USA-Politik. Inwieweit die unter chinesischer Vermittlung im Frühjahr 2023 verlautbarten Annäherungsschritte zu Saudi-Arabien eine Änderung dieser Konfrontationspolitik darstellen, bleibt abzuwarten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dies tatsächlich nicht mehr als ein erster Schritt, und es spricht wenig dafür, dass diesem fundamentale Änderungen folgen könnten.

Dabei ist Saudi-Arabien das einzige Land der Region, das im Governance-Index nennenswerte Fortschritte erzielt hat. Der Zuwachs von 0,37 Punkten resultiert insbesondere aus höheren Bewertungen im Bereich der Gestaltungsfähigkeit, in dem sich die Modernisierungsbemühungen besonders niederschlagen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, König Abdallah, setzt MbS nicht

auf schrittweise Änderungen, sondern auf markante Schritte. Als Teil der „Vision 2030“ treibt der starke Mann die angestrebte Wirtschaftsdiversifizierung weiter voran und setzt zugleich auf gesellschaftliche Veränderungen, freilich ohne die undemokratische Struktur des Regimes auch nur ansatzweise anzugehen. In verschiedenen Ländern ausgestrahlte Werbefilme für touristische Besuche des Königreichs sind ein untrügliches Zeichen dieses angestrebten kosmetischen Wandels, dessen positive Wahrnehmung auch im Ausland den saudischen Entscheidungsträgern sehr am Herzen liegt. Die hochtrabenden Pläne für die neue Mega-Stadt Neom am Roten Meer oder die jüngst vermehrt durchgeführten Mega-Transfers internationaler Fußballstars zu saudischen Clubs sind bezeichnend für die auf Prestigeprojekte, Public Relations und Symbolik ausgerichteten Modernisierungsziele der saudischen Machthaber.

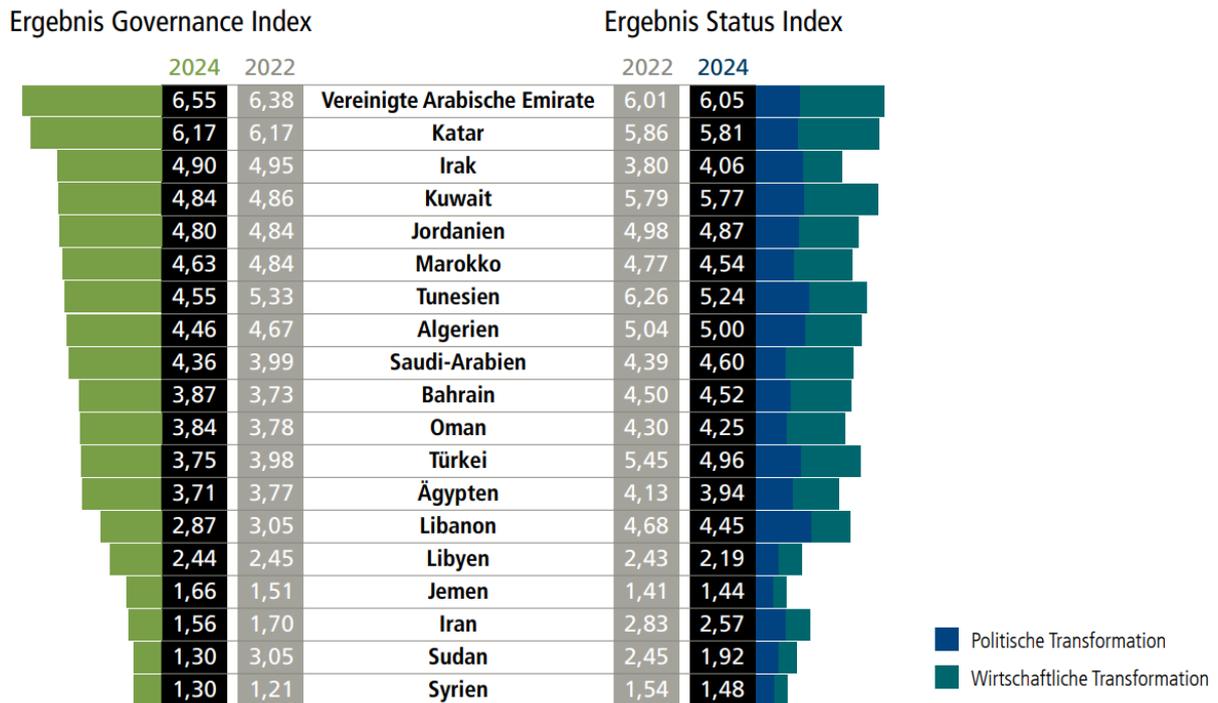
Ausblick

Saudi-Arabien ist der große Gewinner der MENA-Region im BTI 2024; in allen drei Sub-Indizes hat das Land beachtliche Fortschritte vorzuweisen, und tatsächlich hat Kronprinz Muhammad bin Salman etliche Veränderungen angestoßen. Gleichwohl bleibt das Land eine harte Autokratie und in vielerlei Hinsicht ein schwieriger Kooperationspartner. Als zentrales Mitgliedsland der OPEC bestimmt Saudi-Arabien die Geschicke an den globalen Ölmärkten wesentlich mit. Die kleineren Golfstaaten Katar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate sind zwar flexibler und in mancherlei Hinsicht auch innovativer. Aufgrund seiner Größe und absoluten Wirtschaftsleistung sowie seinen militärischen Fähigkeiten ist und bleibt Saudi-Arabien aber auf absehbare Zeit die regionale Führungsmacht und mischt sich in die inneren Angelegenheiten anderer MENA-Länder ungeniert ein.

Der Länderbericht aus dem BTI 2024 beschreibt diese Zweischneidigkeit der Rolle Saudi-Arabiens in den vergangenen und künftigen Beziehungen innerhalb der Region anschaulich: das Königreich habe sich seit dem Arabischen Frühling zu einem „zunehmend aggressiven Akteur“ entwickelt, der klar gegen missliebige Regierungen und Gruppierungen in anderen Ländern vorgeht (ob sunnitisch wie die Muslimbrüder oder schiitisch wie das Regime in Iran). Das Land ist die Hauptstütze des ägyptischen Diktators Abd al-Fattah al-Sisi, hat den Jemen in Ruinen gebombt und – fast vergessen – im Jahr 2017 den damaligen libanesischen Ministerpräsidenten Saad Hariri in einer Aufsehen erregenden Aktion nahezu gekidnappt und zum Rücktritt gedrängt – nur um diesen wenige Tage später alles als Missverständnis darstellen zu lassen. Keine Frage: So schillernd die jüngsten Reformschritte in Saudi-Arabien sind, so unberechenbar bleibt seine Führungsschicht.

MbS ist aber bei weitem nicht der Einzige, der undemokratische Aktionen mit kosmetischen Reformen zu beschönigen sucht. Tunesiens Kais Saied gehört in diese Riege, Abd al-Fattah al-Burhan im Sudan, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der marokkanische König Mohammed VI. und Mohammed bin Zayid Al Nahyan, Emir von Abu Dhabi und Ministerpräsident der Vereinigten Arabischen Emirate, aber auch Sheikh Hamad aus Katar. Nahezu kein Führer in der MENA-Region, der nicht zuerst sein eigenes Wohl verfolgt, dann das seiner Gefolgschaft und erst ganz am Ende das seines Volkes. Niemand aber hat so viel Einfluss auf regionaler und internationaler Bühne wie MbS. Ein gutes Jahrzehnt nach dem Arabischen Frühling scheint das klare Fazit angebracht: Die MENA-Region wäre wohl auch ohne ihn eher autokratisch denn demokratisch geprägt. Aber Diktatoren vom Schlage eines Abd al-Fattah al-Sisi hätten weniger Unterstützung, auf die sie sich quasi blind verlassen können. Der Druck gegen Andersdenkende wäre vermutlich

geringer und die politische wie gesellschaftliche Vielfalt damit höher. Die hart autokratischen Regime in der MENA-Region ziehen ihre Legitimation zu einem Großteil als angebliches Bollwerk gegen den politischen Islam oder sonstige innere wie äußere Feinde. Dabei sind sie es, die den Demokratisierungsbemühungen quer durch die Region von Anfang an das Wasser abgegraben haben.



Dies bietet wenig Grund für einen optimistischen Ausblick in die Zukunft. In Zeiten steigender Wirtschaftsprobleme scheinen die meisten Regierungen aus Gründen des Machterhalts eher die Augen vor der Realität zu verschließen als gut fundierte Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Klimakrise wirkt sich in immer mehr Ländern dramatisch aus, nicht nur die steigenden Temperaturen im Sommer sind ein Problem, sondern auch die zunehmende Trinkwasserknappheit. Ihren Bevölkerungen werden in den staatlichen Medien jedoch ungerührt Szenarien präsentiert, von denen die meisten wissen, dass sie nicht wahr sind. Wo Kritik sich regt, sind Sicherheitskräfte schnell zur Stelle, um möglichst brutal jegliche Opposition niederzuknüppeln. Diese Art der Regierungsführung beinhaltet keine Antworten auf die Fragen der Zukunft, da helfen auch keine Hochglanzpräsentationen über elitäre Zukunftsprojekte. Die Regierungen investieren in Public Relations, um ihre politischen Repressionen zu übertünchen statt abzuschaffen. Wie wäre es, wenn sie stattdessen unter PR zuallererst profunde Reformen, persönliche Rechte, parlamentarische Repräsentation und pluralistische Regierungsführung verstünden?

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2024

ISBN

978-3-86793-974-4

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN

Nur in englischer
Sprache verfügbar.



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de